

Ihre Gesprächspartner/-innen:

Dr. Johann Kalliauer

Mag.^a Bettina Csoka

Präsident der AK Oberösterreich

Leiterin der AK-Abteilung Wirtschafts-,
Sozial- und Gesellschaftspolitik

**Erntezeit für steigende Produktivität -
Zeit für kräftige Lohnerhöhungen**

Fakten zur Einkommensverteilung

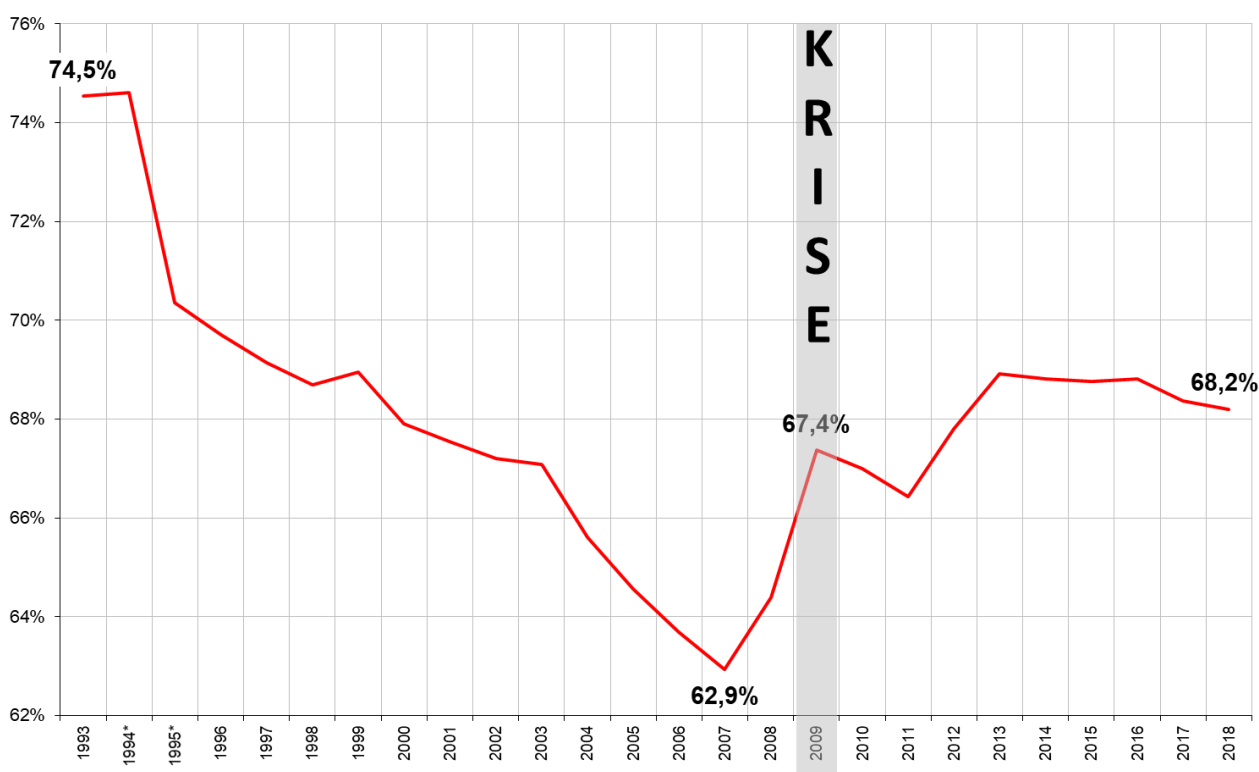
Pressekonferenz am
Mittwoch, 11. September 2019
Arbeiterkammer Linz

Lohnquote in zwei Jahren um 1,6 Milliarden Euro gesunken

Im Jahr 2018 erhielten Österreichs 3,8 Millionen lohnabhängig Beschäftigte 68,2 Prozent des Volkseinkommens – das ist die Lohnquote. Das restliche knappe Drittel sind Gewinn- und Besitzeinkommen. In den letzten beiden Jahren ist die Lohnquote um insgesamt 0,6 Prozentpunkte gesunken, das entspricht rund 1,6 Milliarden Euro. Die Arbeitnehmer/-innen haben also anteilmäßig weniger von der größer gewordenen Wertschöpfung erhalten. Zum Vergleich: die kleine Gruppe der Aktionäre/-innen der an der Wiener Börse notierten Unternehmen (ATX) ließ sich heuer 3,22 Milliarden Euro als Gewinnausschüttung (Dividenden) auszahlen - um 17 Prozent mehr als im Vorjahr. Wäre die Lohnquote gleich hoch wie noch vor 25 Jahren, wäre allein im Jahr 2018 die Brutto-Lohn- und Gehaltssumme (inkl. der Sozialversicherungsabgaben) um 17 Milliarden Euro höher. Höchste Zeit, dass die österreichischen Arbeitnehmer/-innen durch höhere Einkommen wieder stärker an der Ernte der immer produktiveren Früchte ihrer Arbeit beteiligt werden.

Entwicklung der Lohn-Quote 1993 bis 2018

Lohn-Anteil an inländisch produzierter Wertschöpfung



Quelle: Statistik Austria (Mai 2019), AK OÖ; *Zeitreihen-Bruch; Lohnquote = Anteil der Arbeitnehmerentgelte (Bruttolohn- und Gehaltssumme plus Arbeitgeber-Sozialversicherungsabgaben) am Nettoinlandsprodukt

Die Gründe für die sinkende Lohnquote werden im folgenden Kasten beschrieben:

Die Lohnquote

Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote ist eine grobe Verteilungskennziffer, deren Entwicklung von vielen Faktoren bestimmt wird, insbesondere auch durch die gesamtwirtschaftliche Situation, also das konjunkturelle Auf und Ab. Mit der Ende 2008 einsetzenden Wirtschaftskrise bzw. der Phase niedrigen Wirtschaftswachstums ab 2012 konnte die Lohnpolitik eine stabilisierende Wirkung auf die Entwicklung der Lohn- und Gehaltseinkommen entfalten. Dadurch ist die Lohnquote gestiegen.

In der langfristigen Tendenz ging die Lohnquote deutlich zurück, insbesondere durch:

- das Entlohnungsverhalten der Unternehmen: unbezahlte Überstunden, zu niedrige Einstufungen, nur geringe oder keine – über den KV-Mindestlohn hinausgehende – Überzahlungen, Wechsel in „billigere“ Kollektivverträge durch Ausgliederung.
- Dividenden an Unternehmenseigentümer/-innen, hohe Besitzeinkommen und Managergagen. Darüber wird im Rahmen der Kollektivverträge nicht verhandelt.
- die hohe Arbeitslosigkeit. Das schwächt die Verhandlungsposition der Gewerkschaften.
- aktive Schwächung der Kollektivverträge (internationales Beispiel: Griechenland).
- mehr Dienstleistungsjobs mit niedrigem gewerkschaftlichen Organisationsgrad.
- vermehrte atypische Beschäftigung und „Segmentierung“ auf dem Arbeitsmarkt: Anstieg von Teilzeit, Leiharbeit, Unterbrechungen der Berufstätigkeit, Rückgang von Vollzeit etc. Von allen rund 3,8 Millionen Arbeitnehmern/-innen ist rund jede/r Dritte atypisch beschäftigt. Knapp 17 Prozent der Männer und mehr als die Hälfte der Frauen.

Wie kann man die Lohnquote erhöhen?

Basis für solidarische Löhne und Gehälter über Branchen hinweg und eine gesamtwirtschaftliche Steuerung ist die **kollektivvertragliche Lohnpolitik**. Damit diese im Interesse der Arbeitnehmer/-innen voll wirken kann, braucht es

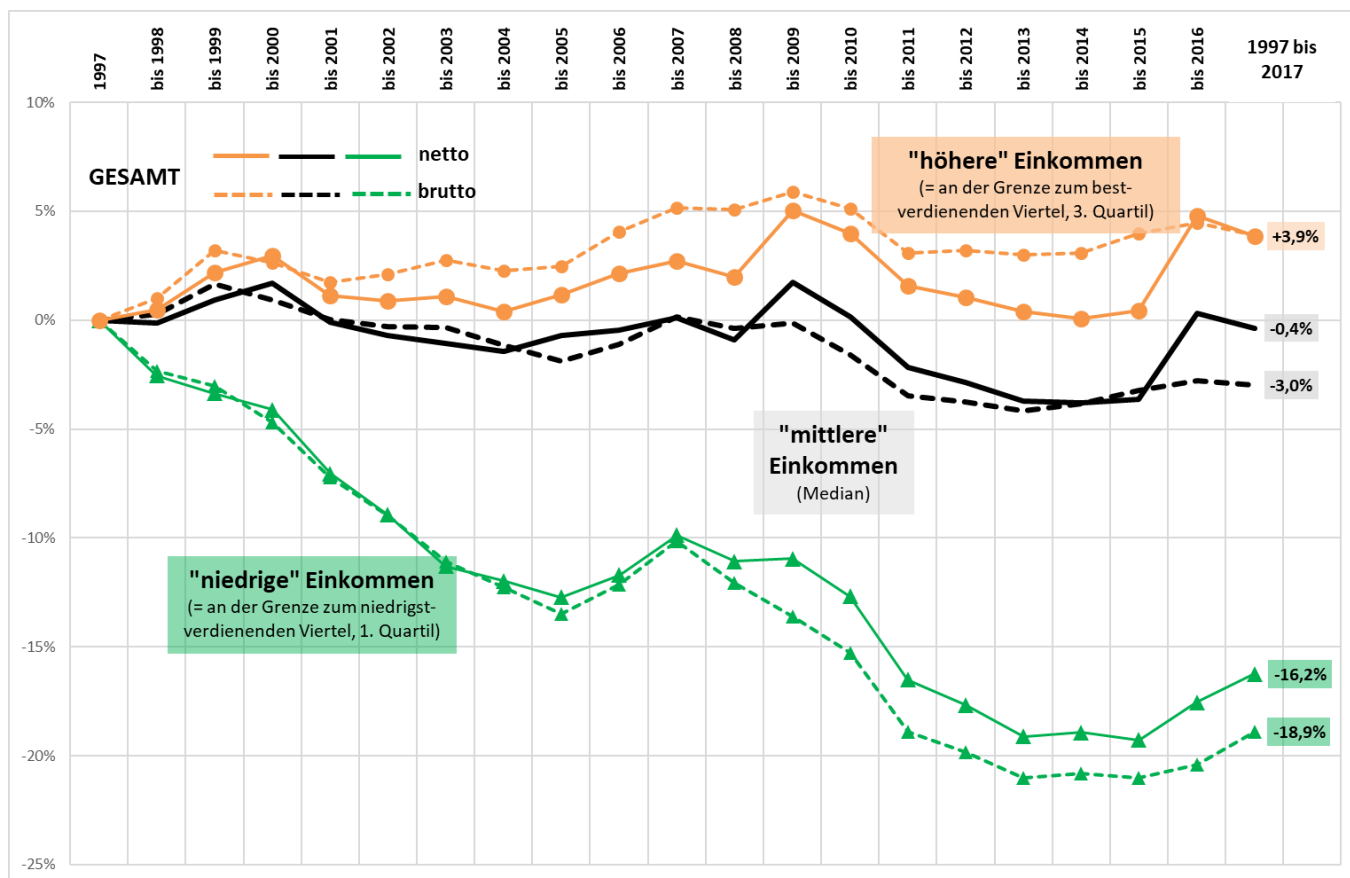
- **Vollbeschäftigung und einen starken Sozialstaat.** Diese müssen als zentrale Ziele der Wirtschaftspolitik verankert werden: Ein knapperes Arbeitskräfteangebot (z.B. durch Arbeitszeitverkürzung) und soziale Sicherheit verschieben die Machtverhältnisse zugunsten der arbeitenden Menschen und stärken ihre Ansprüche.
- **eine aktive wirtschafts- und sozialpolitische Gestaltung des internationalen Handels** mit Absicherung von Arbeits- und Sozialstandards, einem fairen Austausch zwischen Industrie- und in Entwicklung befindlichen Ländern sowie einer gerechten Verteilung der Globalisierungsgewinne.
- **die Eindämmung der Finanzmärkte und die Zurückdrängung der Finanzeinkommensansprüche.**
- durch strikte Regulierung und Besteuerung des Finanzsektors.

Mittleres Einkommen nicht höher als vor 20 Jahren!

Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur spiegeln sich direkt in der ungleicher werdenden Einkommensverteilung wider. Da schlechter bezahlte Jobs, etwa niedrig entlohnte Teilzeit, insgesamt häufiger werden, ergibt sich über die Zeit ein Minus. Wer 2017 ein mittleres (Median-) Einkommen hatte („Median“: je die Hälfte der Beschäftigten verdient mehr bzw. weniger als diesen Wert), kann sich nur etwa gleich viel leisten wie 20 Jahre davor! Denn real, also preisbereinigt und netto ist der Jahres-Median-Lohn bzw. das Median-Gehalt sogar um 0,4 Prozent niedriger als 1997. Das am schlechtesten verdienende Einkommensviertel hatte 2017 real und netto sogar um 16 Prozent weniger Einkommen als die Vergleichsgruppe 1997! Nur das Einkommensviertel mit den höchsten Lohn- bzw. Gehaltseinkommen verdient netto um knapp vier Prozent mehr als jenes 20 Jahre zuvor. Die Entwicklung der Spitzengehälter, die weit überdurchschnittlich gestiegen sind, geht aus der Statistik allerdings nicht hervor, und auch Managergagen, Gewinnausschüttungen etc. sind in der Statistik gar nicht enthalten.

Reale Einkommensentwicklung 1997 bis 2017 in Österreich

Gesamt - preisbereinigter Zuwachs bzw. Rückgang in Prozent seit 1997

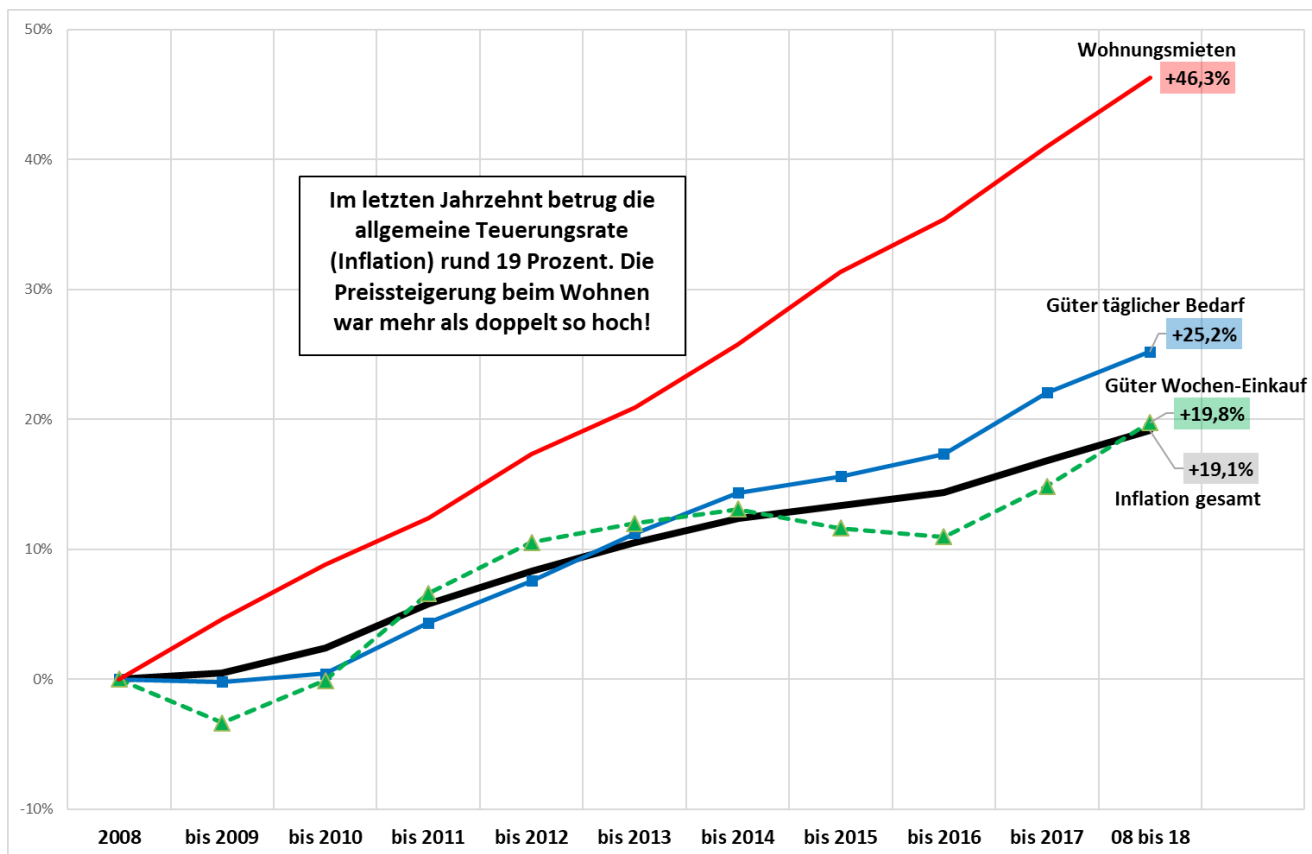


Quelle: Statistik Austria, AK OÖ; Entwicklung der Jahreseinkommen aller unselbständig Beschäftigten ohne Lehrlinge, abzüglich Inflation; dargestellt sind: 1. Quartil = Einkommenswert, bis zu dem die 25 Prozent der am wenigsten Verdienenden verdienen, 2. Quartil (Median) = Wert, über bzw. unter dem je die Hälfte der Personen liegt, 3. Quartil = 75 Prozent verdienen weniger, 25 Prozent mehr

Wohnen: Teuerung mehr als doppelt so hoch wie Inflation

Geringverdiener/-innen müssen in Relation zu ihren kleinen Einkommen überdurchschnittlich viel für Wohnen oder für Güter des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel ausgeben. Die Teuerung für diese Güter lag in den letzten zehn Jahren weit über der allgemeinen Inflation. Gerade zu explodiert ist sie bei den Mieten:

Steigerung der Preise 2008 bis 2018 in Österreich



Quelle: Statistik Austria, AK OÖ

Ein Jahr Managergage = 42 Jahre Normal-Lohn

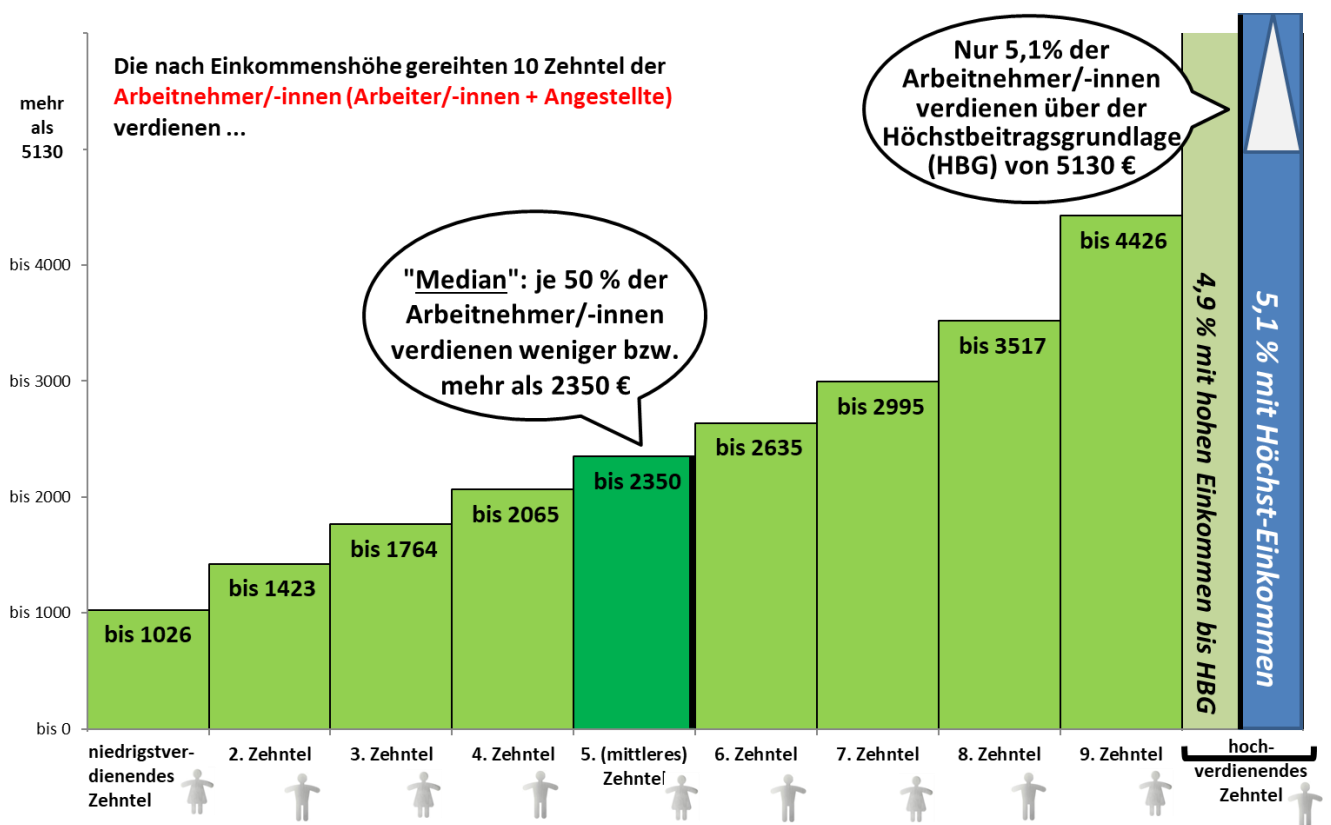
2018 erhielten Vorstandsvorsitzende österreichischer Börseunternehmen im Durchschnitt 2,1 Millionen Euro im Jahr, das sind (14 Mal) 150.000 Euro im Monat. Ganzjährig Vollzeitbeschäftigte müssten 42 Jahre lang arbeiten, um die Ein-Jahres-Managergage von 2,1 Millionen zu bekommen. Einzelne Spitzenmanager beziehen noch viel höhere Jahresgehälter.

Mittleres Monateinkommen in Oberösterreich: 2.350 Euro

2018 betrug das mittlere (Median-)Einkommen in Oberösterreich 2.350 Euro brutto, um 3,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Männer verdienen im Median 2.778 Euro, Frauen mit 1.775 Euro um 37,6 Prozent weniger.

Millioneneinkommen im Jahr sind für Arbeiter/-innen und Angestellte unerreichbar. Nur rund fünf Prozent der etwa 670.000 oberösterreichischen Arbeitnehmer/-innen (ab der Geringfügigkeitsgrenze) erhalten ein Monatsbruttoeinkommen über der Höchstbeitragsgrundlage von 5.130 Euro: 7,9 Prozent der Männer und 1,4 Prozent der Frauen.

Bruttomonateinkommen in Oberösterreich – Höhe und Verteilung 2018



Quelle: Beitragsgrundlagenstatistik der GKK OÖ, laufendes Einkommen (Jahres14tel) der Arbeiter/-innen und Angestellten ab der Geringfügigkeitsgrenze (ohne Lehrlinge und Beamte/-innen), dargestellt ist die sogenannte Dezilverteilung, die die Beschäftigten in zehn gleichgroße Personengruppen, gereiht nach der Höhe ihrer Einkommen, teilt (Dezile)

In den Bezirken rangieren die in Steyr Stadt arbeitenden männlichen Angestellten mit rund 4300 Euro an der Spitze, gefolgt von denen in Perg und Kirchdorf (rund 3.780 und 3.740 Euro). Am wenigsten verdienen Arbeiterinnen in Freistadt, Rohrbach und Schärding mit rund 1.180 bis 1.260 Euro.

Bruttomonatseinkommen in den Bezirken 2018 (Median)

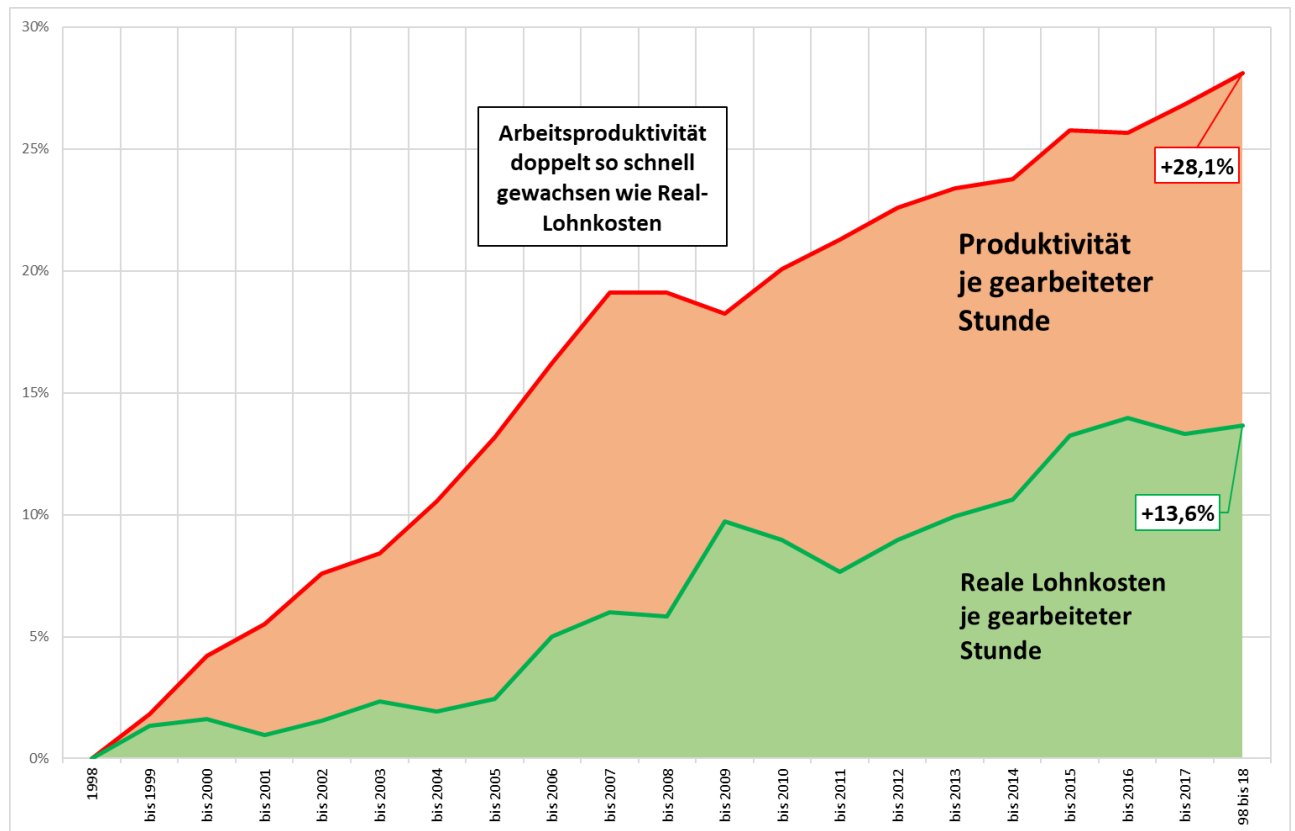
am Arbeitsort	Gesamt			Arbeiter/-innen			Angestellte		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Braunau am Inn	2.455	1.824	2.778	2.358	1.739	2.569	2.813	1.927	3.704
Eferding	2.012	1.574	2.401	1.857	1.299	2.248	2.306	1.856	3.111
Freistadt	1.948	1.362	2.422	1.949	1.181	2.279	1.947	1.532	3.156
Gmunden	2.243	1.607	2.714	2.185	1.491	2.512	2.370	1.748	3.616
Grieskirchen	2.218	1.583	2.615	2.192	1.437	2.475	2.284	1.731	3.371
Kirchdorf / Krems	2.458	1.899	2.761	2.344	1.803	2.559	2.858	2.010	3.743
Linz (Stadt)	2.369	1.817	2.965	2.114	1.382	2.507	2.562	2.022	3.650
Linz-Land	2.320	1.695	2.631	2.247	1.536	2.432	2.529	1.844	3.566
Perg	2.315	1.584	2.636	2.255	1.366	2.464	2.542	1.744	3.779
Ried im Innkreis	2.319	1.660	2.645	2.228	1.476	2.473	2.566	1.849	3.422
Rohrbach	1.980	1.378	2.447	1.993	1.197	2.317	1.955	1.546	3.076
Schärding	2.224	1.501	2.597	2.173	1.260	2.451	2.326	1.748	3.302
Steyr (Stadt)	2.969	1.721	3.823	3.076	1.472	3.601	2.870	1.909	4.307
Steyr-Land	2.205	1.614	2.569	2.168	1.508	2.411	2.311	1.743	3.500
Urfahr-Umgebung	2.071	1.542	2.413	2.090	1.288	2.291	2.036	1.669	3.033
Vöcklabruck	2.341	1.645	2.761	2.241	1.439	2.523	2.571	1.857	3.691
Wels (Stadt)	2.312	1.814	2.681	2.206	1.548	2.445	2.463	1.986	3.396
Wels-Land	2.250	1.692	2.559	2.248	1.650	2.384	2.260	1.713	3.691
Oberösterreich	2.350	1.731	2.775	2.227	1.464	2.501	2.555	1.923	3.655

Quelle: Beitragsgrundlagenstatistik der GKK OÖ, laufendes Einkommen (Jahres14tel) der Arbeiter/-innen und Angestellten ab der Geringfügigkeitsgrenze (ohne Lehrlinge und Beamte/-innen), Median: Einkommenswert genau in der Mitte (je die Hälfte der Arbeitnehmer/-innen verdient mehr bzw. weniger)

Produktivität stieg doppelt so schnell wie die Löhne

In den letzten 20 Jahren ist laut OECD eine Arbeitsstunde um 28 Prozent ergiebiger geworden. Das bedeutet, dass Österreichs Werkstätige 2018 pro Arbeitsstunde um mehr als ein Viertel höhere Werte geschaffen haben als noch 1998 – trotz des krisenbedingten Produktivitätsrückgangs im Jahr 2008. Die von den Unternehmen bezahlten Arbeitskosten (Bruttolöhne plus Sozialbeiträge) sind preisbereinigt aber nur um knapp 14 Prozent höher – also nicht einmal halb so stark gestiegen. Die Hälfte des Produktivitätsanstiegs verblieb somit bei den Unternehmenseignern/-innen.

Produktivität und Lohn - gesamter Zuwachs in Prozent, 1998 bis 2018



Quelle: OECD, September 2019; Bruttoarbeitskosten je Stunde, preisbereinigt; reales Bruttoinlandsprodukt je Stunde

Forderungen der Arbeiterkammer

- **Gute Produktivitätsentwicklung ermöglicht kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen**
 - kräftige Reallohn- und Gehaltserhöhungen
 - Anhebung der KV-Löhne und Gehälter auf mindestens 1.700 Euro.
- **Faire Verteilung der Arbeitszeit**
 - Rücknahme der gesetzlichen Arbeitszeitverlängerung
 - Kurze Vollzeit für alle: Normalarbeitszeit auf 35 Stunden kürzen mit Ausgleich bei Lohn und Personal. Grundsatz: je belastender, umso kürzer die Arbeitszeit
 - Recht auf 4-Tage-Woche
 - 6. Urlaubswoche nach 25 Arbeitsjahren für alle
 - Überstundenabgabe für Unternehmen in Höhe von einem Euro pro Stunde
- **Weitere Schritte für mehr Verteilungs- und Steuergerechtigkeit**
 - Senkung der Lohnsteuer
 - Steuerlicher Wohn-Bonus statt Konzernbonus
 - Vermögenssteuer ab einer Million Euro